

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1910**

43 (23.2.1910) 2. Blatt



# Badischer Beobachter.

## Hauptorgan der badischen Zentrumsparlei.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2,70. In der Geschäftsstelle oder den Abzügen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Nr. 325, durch den Briefträger ins Haus gebracht, Nr. 367 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

**Beilagen:**  
Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt **„Stern und Blumen“**.  
Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt **„Blätter für den Familientisch“**.

Anzeigen: Die sechspaltige Beilage oder deren Raum 25 Pfg., Resten 60 Pfg. Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an.  
Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden).  
Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Rotationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Postzeitung: F. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichten und den allgemeinen Teil: Franz Vogel; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.

Verantwortlich für Anzeigen und Resten: Hermann Baffler in Karlsruhe.

### Deutschland.

Berlin, 23. Februar 1910.

**Zunker, Abige und der Reichstag.** In einem interessanten zu lesenden Artikel des parlamentarischen Korrespondenten der „Frk. Ztg.“ (Nr. 52, 2. Morgenblatt) über den Tod des Reichspräsidenten und die kommende Präsidentenwahl lesen wir u. a.:

„Es ist Wahrscheinlichkeit und nicht nur ein Wunsch, daß der Reichstag in diesem Jahr die Organe aller Parteien den toten Präsidenten anerkennend nachzuehnen, daß sein Amt gerecht und unparteiisch und auch unabhängig geführt hat, und daß er eine lebenswürdige Persönlichkeit mit fremdbildenden Eiten, im amtlichen und nichtamtlichen Verkehr mit Männern der verschiedensten politischen Überzeugung gewesen ist. Ein Zunker, von dem in dieser Zeit so viel gesprochen wird, war dieser Reichstag so ziemlich auf alle konservativen und auch auf die freirepublikanischen Parteien ausgedehnt, ist er auch zu sagen, historisch und seinem Wesen nach. Er umfaßt den alten, landläufigen, zum Teil schon vor den Hohenstaunern in der Welt bekannten Adel, in der Hauptstadt des Reiches den alten preussischen Provinzen. Familien, die seit im Reichsdienst, aber nicht immer auch im Soldatendienst zu finden waren, die mit ihren Ämtern patieren, selbst eigenmächtig und selbstbewußter als man annimmt, und die, wenn ihnen der Reichstag und die Regierung nicht gefällig, auch fröhlichen. Alle Dynastien der Welt wie die Stolzbergs gehören nicht dazu und auch nicht die ganz reiche Fürsten und Barone, die man in Schloß Magdalen nennt. Die sind nach ihrer Weltanschauung und auch in moderner Zeit als Politiker vom eigentlichen Reichstag vertrieben. Um es modern auszudrücken: sie sind goldenenmentaler.“

„Der Reichstag ist die richtige Präsident der Bodara des Reichstags, denn er war insofern nicht mehr als die weissen Reichstagsmitglieder Abgeordneter Anhängen der Reichspolitik, hat sich große Mühe um diese gegeben und der Abg. Bayer kann aus den kritischen Tagen des Reichstags erzählen, wie einträchtig der Reichstag sich damals um das Zustandekommen dieses Gesetzes von dem der Reichstag abging, bemüht hat. Er hat auch zu denen gehört, denen der Reichstag des Reiches die Finanzreform insofern seine Freunde gemacht hat.“

„Der Reichstag ist die richtige Präsident der Bodara des Reichstags, denn er war insofern nicht mehr als die weissen Reichstagsmitglieder Abgeordneter Anhängen der Reichspolitik, hat sich große Mühe um diese gegeben und der Abg. Bayer kann aus den kritischen Tagen des Reichstags erzählen, wie einträchtig der Reichstag sich damals um das Zustandekommen dieses Gesetzes von dem der Reichstag abging, bemüht hat. Er hat auch zu denen gehört, denen der Reichstag des Reiches die Finanzreform insofern seine Freunde gemacht hat.“

Abels nicht nur im Heeres- und Staatsdienst, sondern auch in der Leitung der Geschäfte der Volksvertretung ihr Ende gefunden hat.“

**Die Sozialdemokratie bettelt um liberale Stimmen.** Die Nationalliberalen in Mühlheim-Wipperfurth-Summersbach haben noch keine Stellung zur Stichwahl genommen und auch die benachbarte Kölner Presse schweigt sich noch aus. Man weiß, daß die Führung der Nationalliberalen in Summersbach weit rechts steht. Es kommt also dem „Vorwärts“ darauf an, „ob die Jungliberalen Entschiedenheit und Einfluß genug haben, ihrer Partei den Rück nach links zu geben und zur Stellungnahme gegen das Zentrum zu bewegen. In ihren Reden während des Wahlkampfes haben die nationalliberalen Redner mit besonderem Eifer betont, daß das Zentrum der größere Feind sei; die Stimmung der liberalen Wählerchaft kam wiederholt in Versammlungen zum Ausdruck, daß in der Stichwahl unter allen Umständen die Liberalen und Sozialdemokraten zusammenhalten müßten. Aber man weiß aus der Erfahrung, daß die Nationalliberalen in der Regel anders handeln, als sie in störenden Worten, wenn der Mut in der Brust keine Spanskraft läßt, verkünden. Im April 1903 nannte die „Kölnische Zeitung“ das Zentrum den „Erzfeind jeglicher deutschen Volkswohlfahrt“. Das Blatt rief auf zur „Schleudung der Geißel“, schwerer Feindschaft allen politischen Gruppen, die sich zu Geloten des Zentrums herabwürdigten, betonte, daß „durch aktive oder passive Hilfe der Nationalliberalen kein Zentrumsmann in den Reichstag einzeln“ werde und schloß mit dem Appell: „Mitteln wir alle Gesinnungsgenossen, alle freien deutschen Männer auf und schreiben wir in eingeschlossenen Briefen zur Wahlurne, um den bösen Mann zu brechen.“ Sehr schön, daß der „Vorwärts“ den Liberalen dies alles ins Gedächtnis zurückruft. Ob es etwas nützt? Wir sind sehr gespannt darauf.

**Die Vergrößerung der Deutschen Kolonialgesellschaft.** Herr Staatsanwalt Dr. Müller bewirkt sich in zwei Artikeln („Tag“ Nr. 38 und 39) für die Vergrößerung der Deutschen Kolonialgesellschaft einzutreten, ohne dabei näher zu sagen, in welchem Umfange er diese anerkannt wissen will; jedenfalls sieht so viel sehr, daß er darunter mehr versteht als der Reichstag, der der Gesellschaft nur das Recht zuerkannte, gewisse bezogene Gebühren in einzelnen Teilen des Landes zu erheben. Hiergegen wendet sich nun der Abgeordnete Erzberger an derselben Stelle. Nun einen Satz seiner Darlegungen kann man ohne Einschränkung zustimmen: „Man kann übrigens gerade aus diesem Paragrafen schließen, daß die Parteien sich anscheinend über den Gegenstand des Vertrages, über seine Tragweite und seine praktische Durchführbarkeit nicht recht klar gewesen sind.“ Dieser Satz scheint für das Reichskolonialamt wie für die Gesellschaft zu gelten, oder genauer gesagt: Bei Abschluß des Vertrages waren sich beide Teile seiner Bedeutung bewußt; aber da man damals noch keine Diamanten gefunden hatte, nahm die Gesellschaft an, daß sie auf nicht sehr viel verdient hätte. Die „Inkarterei“ tautete bei ihr erst auf, als die Diamantenfunde sich immer ergiebiger gestalteten. Das Abkommen vom 17. Februar 1908 ist die unverrückbare Grundlage für die Reichskonzeption der Gesellschaft. Im dieses aber ganz verziehen zu können, muß man sein Entsetzen verbergen. Der südafrikanische Aufstand brachte der Gesellschaft die ersten Dividenden

mit 20 Proz. nach 20jährigem ertraglosem Zustande; der Unwille gegen die Gesellschaft wurde hierdurch nur gesteigert. Die Unhaltbarkeit der Verhältnisse in Südafrika war allgemeine Überzeugung geworden; die Landkommission wurde eingeleitet. In der ersten Sitzung schon beantragte Herzog-Negent Abrecht von Mecklenburg die Erhebung einer Kriegssteuer von allen Gesellschaften. Die Kommission hatte den ausdrücklichen Auftrag die ganze Gesellschaftsfrage zu „klarieren“. Nach langen Vorberatungen trat man in Verhandlungen mit den Gesellschaften, um eine gültige Einigung zu erzielen. Es war ganz selbstverständlich, daß hierbei die Gesellschaft auf eine Menge von Rechten und Vorteilen zu verzichten hatte, weil sonst die Kommission andere Mittel vorge schlagen hätte. So kam auch der Vertrag vom 17. Februar 1908 zustande, der in seinem grundlegenden Artikel bestimmte: „Die deutsche Kolonialgesellschaft für Südafrika nimmt hinsichtlich ihrer sämtlichen Vermögensgegenstände in Deutsch-Südafrika die staatliche Vermögensverwaltung vom 8. August 1905 und die dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen an.“ Die Landkommission sah einstimmig unter Zustimmung der Kolonialverwaltung diesen Vertrag als einen Fortschritt an; die Gesellschaft hatte auf ihre Vorrechte verzichtet und solche nur behalten, soweit der Vertrag sie aufzählt. Auch die Gesellschaft teilte damals diese Mecklenburgs Auffassung. An dem rechtlichen Verhältnis aber kann sich nichts ändern, weil später in diesem Gebiete Diamanten gefunden wurden. Wenn man die Ansicht vertreten wollte, daß die Gesellschaft keine Vermögensrechte aufgegeben habe, dann hätte dieser ganze Vertrag keinen Sinn, er wäre Schammaschlägerei, und die ganze Landkommission würde gelächelt worden sein. Von einer Gefährdung des Privateigentums kann man gar nicht reden, denn die Gesellschaft hat selbst die Verpflichtung gefühlt, daß sie Entgegenkommen zeigen muß, und eine Neuverpflichtung war nicht fixiert worden. Die Rechtsverhältnisse sind so klar, daß es nicht zu verstehen ist, wenn so viel darüber geredet wird. „Die Grundfrage für eine dauernde Verständigung wäre ja in dem bereits veröffentlichten Vertragsentwurf gegeben. Daß bei dem etwaigen Abschluß die Reichsinteressen stärker berücksichtigt werden müßten, etwa in der Form, daß an Stelle der zeitlich und geldlich beschränkten Beteiligung des Fiskus, vielleicht unter Herabsetzung der ursprünglichen in Aussicht genommenen nunmehr eine dauernde Beteiligung trat, ist nicht mehr als billig“, sagt Herr Dr. Müller. Aber darin täuscht er sich sehr. Der veröffentlichte Vertragsentwurf ist so unangebracht, daß er in kaum einen Paragrafen aufrecht erhalten werden kann; er muß gänzlich umgearbeitet werden. Es scheint jetzt die Zeit gekommen zu sein, in der eine endgültige Abfertigung und endgültige Auseinandersetzung mit der deutschen Kolonialgesellschaft herbeizuführen ist, damit die Kolonie von ihrem Fiskus für das Großkapital erledigt wird. Gelingt es nicht auf dem Wege der gütlichen Vereinbarung zu diesem Ziel zu gelangen, so muß eben der Weg der Gesetzgebung beschritten werden, denn im Reichstage ist heute schon hierfür eine große Mehrheit vorhanden. Die gegen die Kolonialgesellschaft gerichtete Tendenz wird Ende Februar in Abreise nach abgehen und kann vor Osnabrück in Berlin einstreifen.

**Der Bremer Lehrer-Bewegung.** Der Lehrer Holzmeier, der Führer des radikalen Flügels der bremischen Volksschullehrer, ist gestern von Disziplinargericht zur Dienstentlassung verurteilt worden. Holzmeier hatte seinerzeit in einer Resolution den früheren Vorstand des bremischen Lehrervereins beschuldigt, er habe die Würde des Vereins gegenüber der Behörde nicht genügend gewahrt. Die vorgesehene Behörde, der Senat, erklärte dann eine Besetzung, da sie niemand unwürdig behandle. Weiter wurde Holzmeier beschuldigt, daß er nicht in der vorgeschriebenen Weise den Schulunterricht morgens mit Gesang und Gebet eröffne. Holzmeier hatte dies als eine würdelose Forderung bezeichnet.

Baden. Karlsruhe, 23. Februar 1910.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädig bewegen gefunden, dem Steueranführer Albert Hobapp in Ensdorf die kleine goldene Verdienstmedaille, dem Bezirksamtsinspektor Dr. Fritz Hirsch in Bruchsal das Ritterkreuz erster Klasse des Königlich Preussischen Ordens vom 1. August 1905 und dem Königlich Preussischen Oberleutnant Wallermann, Adjutanten der 31. Kanalleribrigade, das Ritterkreuz zweiter Klasse des Königlich Preussischen Ordens vom 1. August 1905 zu verleihen. Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädig gerubt, dem Geheimen Finanzrat Adolf Kramer zum vorrühenden Rat bei der Zoll- und Steuerdirektion und dem Hilfsreferenten, Obersteuerinspektor Adolf Wäch, unter Verleihung des Titels Finanzrat zum Kollegialmitglied bei der Zoll- und Steuerdirektion zu ernennen, sowie den etatsmäßigen außerordentlichen Professor Dr. Georg Wredig an der Universität Heidelberg seinem untertänigen Ansuchen entsprechend am 1. April d. J. aus dem staatlichen Dienst zu entlassen.

**Der alte ehrliche „Volkfreund“.** Sie ist über daran, die sozialdemokratische Presse. Von Zentrumssicht aus man auf sie ein, wirkt ihr alles mögliche vor, und doch, kein Engel ist so rein! Ein neues Beispiel dafür bietet der „Volkfreund“ vom 19. Februar (Nr. 42). Dort heißt es vom letzten Tag der Schuldebatte:

„Ein recht nettes Angehöriges machte der Mannheimer Knebel, dessen Rede auch sonst viel Beachtung fand. Er sagte:

Die Kirche wird sich selbstverständlich auch abfinden mit der Trennung von Kirche und Staat, aber verlangen Sie doch nicht, daß wir das selbst herbeiführen helfen. Nun, das letztere verlangen wir auch nicht. Wir registrieren nur mit Vergnügen, daß sich die Kirche abfindet mit der Trennung von Staat und Kirche, wenn es einmal nicht anders geht. Wir haben das immer gesagt; bestätigt es uns ein Zentrumsgesandter, der noch dazu Geistesreicher ist, dann wird unsere Behauptung umso beweiskräftiger.“

Nun, was hat der Abgeordnete Knebel wirklich gesagt? Nach dem amtlichen Bericht Seite 798 führte er aus:

Gegen Ihr Vorhaben (der Trennung von Staat und Kirche) wendet sich auch der Staat, das Wesen des Staates und die Staatsauffassung. Die Kirche wird sich wohl mit der Trennung von Staat und Kirche abfinden, das haben Sie uns wiederholt zum Trost sagen wollen. Selbstverständlich werden wir uns damit abfinden. Der Herr Abg. Knebel hat einmal ganz richtig gesagt, die Kirche ist so eingerichtet (und damit zeigt sich eben, daß sie ein göttliches Werk ist), sie ist so eingerichtet, daß sie sich mit allen Verhältnissen abfinden kann, und daß sie nirgends keine Mutter, die mich leiten, keinen Vater, keinen Bruder, der mich beschützen konnte; keinen Freund, außer Gilbert, und er — hinterging mich. Ich will nicht mehr nachdenken“, rief sie endlich aus. „Mein Kopf ist ganz verwirrt. Ich will meine müden Glieder zur Ruhe legen und versuchen, zu schlafen.“

Ehe sie sich niederlegte, sah Bella neben dem Bette auf die Knie und betete lange und andächtig. Angekleidet wie sie war, legte sie sich zu Bette, aber kein erquickender Schlaf kam über ihre müden Lider. Es mochte etwa neun Uhr sein, also noch nicht spät; aber unsere Leser mögen sich erinnern, daß die Wandersruh in einer unwirtlichen Gegend, in dem wildesten Teile von Cornwallis liegt, und daß die Szenen, welche wir ihnen vorzuführen, im Jahre 1814 spielten. In einer der kurzen Pausen, welche der erkanterartige Sturm machte, hörte Bella deutlich das Geräusch von Wädern auf dem hartgefrorenen Boden. Schreden ergriff sie, und ihr Herz pochte heftig. Auf einmal ward es stille draußen. „Er ist zurück“, murmelte sie. Sie erinnerte sich der Beschreibung, die das Mädchen von dem Wirte gemacht hatte. „Er würde keine Seele um Geld verkaufen“, diese Worte wiederholte das arme Geschöpf mechanisch und die Furcht gab ihr ein, daß Miles Goring endlich einen Käufer gefunden.

Mit der Energie der Verzweiflung sprang sie aus dem Bette und stürzte auf die Türe zu. Diese konnte von innen weder geöffnet noch verschlossen werden, und den Schreden der armen Frau zu vermehren, erfolgte in diesem Augenblicke auch das Licht, nachdem es zuvor noch hell aufgeleuchtet hatte, und sie befand sich verteidigungslos in dem dunklen Zimmer. Sie stemmte sich mit beiden Händen gegen die Türe, wie wenn ihre schwache Kraft das Eindringen ihres Feindes hätte verhindern können. (Fortf. folgt.)

### Sämon Gold

oder das Erbe von Moultray Hall. Kriminalroman aus dem Englischen des F. N. Smith in freier deutscher Bearbeitung von ...

(Fortsetzung.)

Ein seltsames Lächeln überflog die blauen Züge Gilberts. „Weim Himmel, Bella, ich habe Dir zu Deinen Besten geraten!“ rief er aus. „Unglücklicherweise ist mir die Zunge gebunden, sonst könnte ich Dir beweisen, daß eine vorübergehende Abwesenheit von England nicht nur der Klügste, sondern auch der sicherste Schritt für Dich ist. Erinnerst Du dich, wie er hinzu, daß wir Bruderkinder, daß wir zusammen aufgewachsen sind. Du traustest mir ein.“

„Ein!“ wiederholte seine Waise mit bitterem Nachdruck; „einst, als Du gut und wahr warst, Deine Worte und Handlungen offen und frei, nicht in Geheimnisse gehüllt.“ — „Ich will nicht weiter in Dich dringen“, sprach lachend ihr Vater. „Möchtest Du nie in Deinem Leben den Entschluß bereuen, den Du gefaßt hast. Doch — laß uns als Freunde scheiden.“ Er hielt ihr die Hand entgegen. Bella streckte die ihre aus, da ergriff sie plötzlich ein unbefangener Widerwille. „Ich kann nicht befehlen!“ rief sie aus. „Ich misstrauere Dir, misstrauere jedem Wort, das Du gesprochen hast, und es ist mir, als hätte ich die Hand meines Mörders drücken wollen.“ — Bei diesem seltsamen Gesändnis wurde das Gesicht des Gentleman wo möglich noch blässer als zuvor, und er verließ die Wandersruh ohne eine Silbe der Erwiderung.

Als Miles Goring mit seiner Frau und dem Mädchen wieder in das Zimmer trat, fanden sie ihren weißlichen Gast neben dem Feuer sitzen, die

Augen starr auf das Feuer gebettet. — „Er ist fort“, sagte der Wirt in höflichem Tone, denn die zwei Gäste hatten einen wunderbaren Eindruck auf ihn gemacht. „Ich habe ihn fortfahren hören.“

„Die Milch ist kalt geworden!“ rief die Wirtin aus, „geh, Nelly, mach' andere warm.“ — „Danke!“ murmelte Bella. „Ich kann nicht essen, mein Herz ist zu voll. Wenn Sie mir erlauben wollen, mich auf mein Zimmer zurückzugeben.“ — „Wie Sie beschließen. Nelly, leuchte dem Fräulein!“ — Die Wirtin zündete an der inzwischen fast ganz verglimmten Lampe ein Licht an und führte den Gast nach einem kleinen, in demselben Stockwerk am Ende des Ganges gelegenen Schlafzimmer. — „Kann ich Ihnen helfen?“ fragte das Mädchen, wie sie das Licht auf den Tisch stellte.

Es waren dies die ersten Worte, die sie sprach, und in dem Ton ihrer Stimme lag so viel Teilnahme, daß es das arme, gekränkte Herz der freundlichen Wirtin gar wohlthuend berührte. — „Wie heißt Du?“ fragte diese.

„Ellen Price; aber der Herr und die Frau nennen mich Nelly.“ — „Bist Du schon lange hier?“ — „Zeitlich in dem Arbeitshaus zu Wilsal davon gelaufen bin, wo Mrs. Penguin, die Meisterin, mir das Saar hat abhandeln lassen. Die Wirtin hier haben mich in Dienst genommen.“ — „Du bist glücklich“, bemerkte Bella freudig, „daß Du ein Asyl gefunden hast. Arme! wie es ist, gewährt es doch wenigstens ein Obdach, einen Schutz. Ich möchte Dich fast beneiden.“

Das Mädchen schaute sie erstaunt an, sie konnte nicht begreifen, wie eine so feingekleidete Dame sie beneiden könne. In diesem Augenblicke hörte man die Wirtin nach Nelly rufen. — „Ich muß fort“, sagte das Mädchen, „Missus ist zwar kein böses

Weib, aber wenn sie aufgebracht ist, fährt sie gewaltig auf.“

„Und Dein Herr“, fragte Bella, auf welche der rohe Ausdruck von des Wirtes Gesicht einen außerordentlichsten Eindruck gemacht hatte, „wie ist denn der?“ — „D! sprechen Sie mir nicht von dem. Der würde keine Seele um Geld verkaufen“, fügte sie flüsternd hinzu, „wenn jemand dumm genug wäre, darauf zu bieten.“ Mit diesen Worten verschwand sie und überließ die ermüdete Reisende der Gesellschaft ihrer eigenen Gedanken — der bitteren Erinnerung an die Vergangenheit.

Bella Harding ließ sich an der Seite des niederen, aber reinlichen Kollbettes nieder und schaute sich in dem Zimmer um mit jenem Ausdruck von Hoffnungslosigkeit, der beredter als Tränen und Klagen des Herzens Wehe tun gibt. Das Gemach war kalt und düster. Es fehlte an einer eigentlichen Decke, denn durch die plumpen Sparren hindurch ließ sich deutlich die Schieferbedeckung des Daches erkennen, und scharf pfliff der Wind in dem weiten unverschlossenen Kamin. Was Wunder, wenn ein Gefühl der Trostlosigkeit sich des von Armut beimgeschunden, verlassenen Herzens des jungen Weibes bemächtigte. „Wenn er mich jetzt leben könnte“, murmelte sie, „gebrochen an Leib und Seele; die Schönheit, die er einst pries, verweltet wie die Blüte einer vorzeitig gepflückten Blume, gewiß, er würde sich eines Besseren besinnen. Was habe ich getan? Mein Fehler bestand darin, daß ich seine Bekanntschaft im Geheimen anbotte, daß ich in eine heimliche Heirat willigte. Der Mann, der die Frau, die er liebt, wirklich achtet, wirt um sie und nicht ihre Reizung zu gewinnen offen und vor aller Welt. Furcht vor Armut ist nur eine armelige Entschuldigung für Feilschaft. Ich war jung“, fügte sie hinzu; „hätte



ganz vernichtet und unterdrückt werden kann; so wird nun auch die Kirche mit der Trennung von Kirche und Staat abfinden. Verlangen Sie aber doch nicht von uns, daß wir dazu mitwirken, daß Staat und Kirche getrennt werden. Ich kann mich auch abfinden und zurechtfinden im Falle in einer Scheune, ich kann Notgedrungen auf dem Heuboden übernachten, aber deshalb werde ich doch nicht das Wohnhaus niederbrennen, damit ich in der Scheune wohnen kann.

Das sieht gewiß anders aus, als das was der „Volkfreund“ als Ansicht des Abg. Nebel darstellt. Das sozialdemokratische Organ hat aus der Rede gerade das herausgenommen, was ihm in den Kram paßt und weggelassen, was ihm nicht gelegen schien. Ist das ehrlich? Es wird gut sein, sich diese Notiz genau zu merken, denn wir sehen im Geiste schon den sozialdemokratischen Redner, der auch den Abg. Nebel als Kronzeugen für die Trennung von Staat und Kirche anführt. Wir kennen unsere Pappenhäuser!

## Badischer Landtag.

Unberechtigter Nachdruck der B.Z.K.-Berichte ist untersagt.

### Zweite Kammer.

40. Sitzung.

B.Z.K. Karlsruhe, 22. Februar 1910.

Präsident Hohorst eröffnet die Sitzung um 9.20 Uhr. Die Tribünen sind schwach besetzt.

Am Regierungstisch: Minister v. Bodmann und Kommissare.

Im Einlaß befinden sich folgende Petitionen: 1. Petition des Bauvorstandes der Maschinen- und Seigervereine im Großherzogtum Baden um a) Verstaatlichung der Dampfkehl-Inspektion, b) Verbot der Abfindung der Bediensteten; 2. desgleichen der Gemeinde Hirschingen um Errichtung einer Güterstation.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bemerkt

Abg. Süßkind (Soz.), daß er gestern nicht gefordert habe, daß die Mittel für die Landwirtschaft für die Wohnungsfrage verwendet werden sollten. Er verweist auf den historiographischen Bericht; er habe nur verlangt, daß diese Mittel, wenn sie für die Landwirtschaft nicht mehr nötig seien infolge der großen Fortschritte, nur dann für die Wohnungsfrage verwendet werden sollen.

Die Beratung des

Budgets des Ministeriums des Innern wird fortgesetzt.

Abg. Nebmann (natl.): Kopf habe gestern einen kleinen politischen Mißblick gehalten. Sein Köhlein sei aber so schwach gewesen, daß er es nur am Saume nachgucke. Er wolle deshalb nicht weiter darauf eingehen. Bezüglich der Mannheimer Demonstration billigen wir die Erklärung der Regierung. In der Freiburger Angelegenheit seien von der Presse, von Baden und gestern von Kopf ungebührliche Uebertreibungen begangen worden. Das Bezirksamt Freiburg habe seine Pflicht voll und ganz getan. Wenn ein Grund vorhanden gewesen wäre, dann wäre das Bezirksamt Freiburg ganz sicher eingeschritten gegen die Schulleute. (Abg. Kopf: Sie scheitert, daß Sie ganz gewaltig übertrieben. Jurist: Sehr richtig!) Redner bepricht mögliche Entlastungen des Ministeriums und die Kreisordnung. Nachdem der Abg. Kopf den Hauptteil der Klagen seiner Partei bezüglich der Zusammenlegung der Bezirksräte eingeschränkt hat, ist nicht einzusehen, warum überhaupt eine Aenderung stattfinden soll; es könnte sich lediglich um eine Aenderung des Wahlverfahrens handeln. Nachdem er die Zusammenlegung der Kreise studiert habe, sei er von dem Gedanken der Zusammenlegung in vier Kreise abgekommen. Die Selbstverwaltung sei jetzt gerade noch möglich. Bei größeren Kreisen gehe die Verbindung mit dem Publikum verloren. Wir haben auch Bedenken gegen die Zuteilung der großen Aufgaben: der Zentralfürsorge und des Straßendienstes. Wir haben auch Bedenken gegen die drohende Bureaufraufierung. Im ganzen sehen wir darin eine Schwächung der Selbstverwaltung durch die zu schaffende Bureaufraufung. Auch in steuerrechtlicher Hinsicht erheben sich Bedenken. Die großen Städte würden noch mehr belastet; der Aufgabefreies würde verschoben. Auch gegen das Wahlverfahren haben wir Bedenken. Vollauf wenn man den Kreisen neue Aufgaben zumutet, kann man das nur tun, wenn man die Basis ändert und die Kreise auf breitere Grundlage stellt. Es ist auch die Proportionalwahl erwähnt worden. Dieser Wunsch hat auf verschiedenen Seiten Bestätigung gefunden. Gemäß haben die Stichwahlen manchen Mitzum im Gefolge: sie fälschen das Ergebnis der Hauptwahlen. Wir sind der Ansicht, daß das Proportionalverfahren für den Landtag noch nicht praktikabel wird. Wir wollen erst am eigenen Leib die Erfahrungen machen, die man anderwärts schon gemacht hat. In Württemberg ist man damit durchaus nicht zufrieden. Man hat dort den Reizel mit Verzeub ausgetrieben. Der Gegensatz zwischen Stadt und Land ist heute nicht mehr vorhanden. Stadt und Land sind auf einander angewiesen. (Abg. Kopf: Das hat kein Mensch bestritten!) Wir werden uns später erst über die Arbeitslosenversicherung äußern müssen. Dem Ministerium kann man dankbar sein, daß es diese schwierige Frage aufgenommen hat.

Süßkind hat die Wohnungsfrage erörtert, aber nur die Notwendigkeit ihrer Lösung und die Schwierigkeiten, die entgegenstehen; er hat aber nicht Vorschläge gemacht. Auch wir halten die Frage für sehr wichtig. Sie ist aber nicht zu lösen, ohne gewisse Kreise zu schädigen. Kopf hat Freiburg gelobt. Ich bezweifle aber, ob die Grund- und Hausbesitzer in dieses Lob mit einstimmen. Die Arbeiter sehen sich hinwiederum geschädigt, wenn sie durch die Arbeiterwohnungen gezwungen sind, ihre Arbeitskräfte an einem Platz zu lassen. Ohne Schädigung einzelner Kreise wird also die Frage nicht gelöst werden können. Diese wird eben mit in Kauf genommen werden müssen. Ich habe gehört, daß man mit der Geschäftsführung des Karlsruher Bezirksamtes sehr zufrieden ist. Menschlichkeiten kommen überall vor. Der Abg. Kopf hat Klagen über ein Bezirksamt erhalten und sie hier angedeutet, ohne den Finger auf die Wunde zu legen. Man werde nun im ganzen Lande fragen, welches Bezirksamt gemeint sei. Er möchte eine Anfrage stellen bezüglich der Schiffahrtsabgaben. Die Mehrheit des Hauses sei einig. Was in Berlin geschehen, wissen wir nur aus Zeitungs-

meldungen. Wet dem großen Interesse an dieser Frage möchte ich die Anfrage an den Minister richten, ob er uns weitere Mitteilungen machen kann, damit wir wissen, ob nicht Dinge vorgekommen sind, die der Sache ein ganz anderes Gesicht geben. Mit den bisherigen Vorgehen waren wir einverstanden.

Abg. Schmidt-Breiten (V. d. L.): Bei der letzten Wahl ist in manchen ländlichen Kreisen die geringe Wahlbeteiligung aufgefallen. Er habe schon früher darauf hingewiesen, daß der ungeeignete Termin wenigstens um acht Tage hinausgeschoben werden sollte. Redner kommt auf die Ansetzung seiner Wahl zurück. Man habe damals den Betriebsassistenten Vermeid eine zweifelhafte Persönlichkeit genannt und gesagt, daß er ein Agitator der Bündler sei. Er sei deshalb in den Bürgerauschuss vorgeschlagen worden, weil er Beamter ist; auch andere Parteien haben Nichtparteiangehörige auf ihre Liste gesetzt. Er habe es sehr merkwürdig gefunden, daß von der Partei, von der ichon vor der Wahl Freiburger bereit wurde, keine Wahl angefochten wurde, weil nach der Wahl Freiburger gekloppt worden sei. Süßkind hat verlangt, daß die Zuschüsse für die Landwirtschaft, wenn es ihr besser geht, für die Wohnungsfrage verwendet werden. Die Landwirtschaft wird nie in die Lage kommen, auf die Zuschüsse verzichten zu können. Im allgemeinen herrscht große Unkenntnis über die Wichtigkeit der Aufgaben der Kreisverwaltung, sonst könnte die Wahlbeteiligung nicht so schwach sein. Das Land muß mittragen an der Polizei in den Städten. Trotzdem können wir nicht zustimmen, daß die Polizei an die Städte übertragen wird. Auch ich muß den Klagen Kopf's betr. die Amtsverfälschung zustimmen. In meinem Bezirk hat das bündlerische Blatt fünfmal so viel Abonnenten wie der Amtsverfälscher. Von den Oberamtsmännern ist zu verlangen, daß sie unparteiisch der Bevölkerung entgegenkommen.

Minister v. Bodmann: Im ganzen hat die Verwaltung des Innern die Anerkennung gefunden. Ich danke für die mir unterstellten Beamten für die freundliche Anerkennung. Der Abg. Kopf hat von Beschwerden über ein Bezirksamt gesprochen. Ich sehe den Affen mit Interesse entgegen. Wieder wäre es mir auch gewesen, wenn er das Bezirksamt genannt hätte. Er kann das ja noch nachholen. Süßkind glaubt, daß ich für einen Artikel der „Südd. Reichsforstzeitung“ über den Reichsanwalt und das preußische Wahlrecht nicht verantwortlich sei. Ich muß diese Illusion zerstreuen. Ich bin für jedes Wort in diesem Artikel verantwortlich. Die Worte des Reichsanwalt's, die eine volle Anerkennung unserer südd. Eigenart enthielten, haben mich sehr sympathisch berührt und ich habe dem in der „Karlsruher Zeitung“ Ausdruck gegeben. Ich lege auch großen Wert auf die Einmütigkeit in Deutschland; ich kann mich also nicht entschließen, wie Süßkind wünscht, einen neuen Vorstoß gegen Preußen zu machen. Ich hoffe, daß es keine Gelegenheit wie bei dem Schiffahrtsabgaben hierzu geben wird. In dieser Frage kann ich nicht viel Neues mitteilen, weil die Verhandlungen noch im Gange sind. Die weitere Gestaltung ist für uns befriedigend ausgefallen. Wir haben unser Augenmerk besonders darauf gerichtet, daß auch die Rheinregulierung von Straßburg bis Konstanz in die Projekte aufgenommen wird. (Allgemeiner Beifall.) Was die Naturalisierung eines ausländischen Juden betrifft, haben wir uns über ihn in Preußen erkundigt, von wo die Naturalisierung nicht empfohlen wurde. Wir waren daran aber keineswegs gebunden. Die Militärverwaltung hat die Verpflichtung, die Militärbehörde zu unterstützen. Wenn die Militärbehörde Auskunft wünscht, ob der Antrag der Sozialdemokratie angehöre, so können wir uns dieser Verpflichtung nicht entziehen. Es ist ein Erlaß hinausgegangen, daß die Erhebungen nicht durch die unteren Organe gemacht werden dürfen. Was die Jugend der Leute betrifft, so möchte er sagen, daß es sich um Leute von 20 bis 22 Jahren handle. Der Oberamtmann in Dissenberg habe das Vereinsgesetz nicht schändlich handhaben wollen, wie Süßkind behauptete. Der Abg. Süßkind hat Bezug genommen auf meine Äußerungen in der Budgetkommission über den Mannheimer Aufzug. Was ich dort gesagt habe, habe ich nicht gesagt in einer Anwaltschaft, obwohl dazu Gelegenheit gewesen wäre. Jureit hieß es, der Polizeihauptmann sei vor dem Lokal gestanden, gestern stand er aber in der Mitte der Straße. Es freut mich, daß er seinen Standpunkt gewechselt hat. (Seitens.) Ich habe in der Kommission nicht vor der Öffentlichkeit gesprochen, sondern wollte nur die Sozialdemokratie warnen. Ich sagte nicht, ich schreie nicht vor Luftvergießen zurück, sondern ich sagte, wenn Blut fließe, sei das nicht meine Schuld. Es ist bei uns Gesetz, daß Aufzüge angemeldet werden. Ich muß das Gesetz handhaben; dazu bin ich da. Nun ist gesagt worden, der Aufzug sei in gutem Zweck erfolgt, um die Leute vom Polizeihauptmann wegzuführen. Nicht für die Erlaubnis, aber für die Beurteilung käme dies in Betracht. Ich konnte das aber nicht wohl annehmen, nachdem in der „Volkstimme“ die Rede war von einem Demonstrationszug. Es ist an die Bezirksämter ein Erlaß gegangen, worin auf die ungesetzlichen Aufzüge in Mannheim und Freiburg hingewiesen und strenge Durchführung des Gesetzes verlangt wurde. Dadurch habe ich mich auch geäußert zum Recht auf die Straße. Die Folgen fallen bei diesen Umzügen auf die Veranstalter. Ich habe ausgeführt, daß in unseren Städten von der geordneten Arbeiterchaft keine Ausfälschungen zu befürchten seien. Es gibt aber überall Elemente, die nicht zur geordneten Arbeiterchaft gehören. In der Freiburger Angelegenheit scheint mir die Sache recht tragisch genommen zu haben, nicht nur die Jähringer Sache, sondern auch die Vorgänge auf dem Münsterplatz. Wie war es denn hier? Nun hat sich in Freiburg ein Zug in Bewegung gesetzt, um dem Barrer Wacker eine Rede zu halten. Da bin ich der Ansicht, daß dieser Zug genehmigungspflichtig war. Es war gewiß auch Gefahr, daß schwere Ausfälschungen vorkommen. Der Barrer von Jähringen hat selbstverständlich jodelt und nicht mehr Recht auf Schuld, wie jeder andere Staatsbürger. Das Bezirksamt erfuhr erst am anderen Tag von der Sache. Die Schuld trifft also nur die Schulleute, die den Zug hätten verhindern müssen. Es ist denselben auch Vorhalt darüber gemacht worden.

Der Abg. Vogel-Mannheim hat Klagen über kleine Strafen in Mannheim geführt. Das böse Blut, das in Baden so vielfach vorhanden ist, wird bei einiger Ueberlegung wieder verschwinden. Was

bezüglich des bestraften Mitterchens gesagt wurde, verhält sich so: Es war eine Frau, die auf der falschen Seite der Redarbrücke ging. Der Schulmann machte sie darauf aufmerksam. Sie ging dann auf die andere Seite. Als sich der Schulmann aber wieder umdrehte, sah er, daß sie wieder überkam. Deshalb wurde sie bestraft. Der Mannheimer Polizeihauptmann sei deshalb dorthin versetzt worden, um Disziplin zu halten. Daß der Zugang zu den Schulmannsstellen so gering ist, liegt nicht an der besonderen Schwere des Dienstes bei uns, sondern an der Schwere des Dienstes überhaupt. Die Wünsche der Schulleute werden gehört; sie treten zusammen, wenn der Ministerialreferent kommt. Sie tragen auch ihre Wünsche frei und offen vor. Nach dem 24-Stundenamt haben die Schulleute einen dienstfreien Tag, an dem sie nicht mehr als zwei Stunden Dienst haben. Die Bezahlung ist eine ernste Sache; nach der Regelung des Gehaltstarifs haben wir zufriedene Stimmen gehört. Jetzt kann aber nicht schon wieder in das große Werk des Gehaltstarifs eingegriffen werden. Süßkind hat sich beschwert über die Behandlung der Streikbrecher. Waffen kann jeder tragen, dem es nicht verboten ist. Was den Vorwurf betrifft, daß die Schulmannschaft sich zu sehr der Unternehmer annehme, so könne er sagen, daß von Arbeitgeberseite über das Gegenteil gesagt wird. Er könne aber sagen, daß die Schulmannschaft im allgemeinen loyal und gerecht nach beiden Seiten vorange. Süßkind hat generalisierend die Bürgermeister beschuldigt, daß sie vom Gesetz nichts verstehen. Ich habe alle Sachverhalte vor unseren Bürgermeistern und wundere mich oft, daß sie vom Gesetz so viel verstehen als ich verhe. Süßkind nimmt dem Bezirk Baden ein großes Interesse, so weiß er auch über das „Schredensregiment“ in Dos mehr als ich, der ich mich dort auch auskenne. Vor zwei Jahren sind Klagen über den Bürgermeister eingegangen, die sich aber als haltlos erwiesen. Vor kurzem wurde über den Ratshreiber gesagt, daß er beim Verkauf eines Grundstücks dieses durch eine Mittelsperson an sich gebracht. Das Bezirksamt konnte nicht finden, daß gegen ihn einzuwirken sei, legte ihm aber die Kosten auf, weil er selbst an der Klage schuld gewesen sei. Der Ratshreiber wandte sich an uns. Wir haben diese Verfügung auf. Auch das Gerücht bezüglich sich mit der Sache. Ein Anhaltspunkt gegen den Ratshreiber ergab sich aber nirgends. Der Minister äußert sich über Oberamtmann Kal. Dieser dem Ministerium als pflichttreuer und tüchtiger Verwaltungsmann geschätzter Beamte ist in der Presse schwer angegriffen worden, was einen Prozess zur Folge hatte. Süßkind hat uns angefaßt, daß wir die Angeklagten ihrem ordentlichen Richter entzogen hätten. Das Ministerium und der Beleidigte haben beide ein Klagerrecht. Es wurden also schwere Vorwürfe gemacht nur über sein Verhalten in Ettlingen, sondern viel weiter zurück. Das ist in der Presse nicht genügend gewürdigt worden. Im Jahre 1903 wurde ein Student der Architektur mit 100 Mark Geldstrafe belegt, weil er bei einem Bau vom Plane abwich, was eine Gefährdung des Gebäudes zur Folge hatte. Der Oberamtmann hat in diesem Falle gerade das getan, was man ihn als Unterlassung zum Vorwurf machte. Die Strafe war nicht einbringlich. Der Verstraft sollte dafür eine Haft anbringen. Er kam aber nicht. Schließlich wurde er vorgeführt, als die Strafe schon bezahlt war, wovon aber der Oberamtmann nichts wußte. Er habe aber verlangt, nachdem er davon erfuhr, daß der Verstraft und der Verdingt sofort zu erkenneten hätten, sonst lasse er beide einsperren. Der Oberamtmann stellt die Sache anders dar. Wir können nach so langer Zeit nicht mehr feststellen, daß die Äußerungen des Oberamtmanns unrichtig seien. Der Polizeidiener wurde wegen der nicht rechtzeitigen Vorführung und wegen Willens mit 3 Tagen Arrest bestraft. Die Strafe war streng; aber geistlich. Der Polizeidiener hat sich bei uns nicht beschwert. Weitere Klagen führten uns in den Klaisch eines Kleinbüchlers ein. Dabei habe Kal Gebrauch gemacht von Mitteln, die er vom Gendarmenwachmeister hatte. Kal sagte, er habe die Mitteilung durch den Gendarmenwachmeister außerordentlich nach dem Rapport erhalten. Wir halten diese Unterbrechung nicht für zutreffend. Der Minister behandelt bis ins kleinste noch die übrigen Kal zum Vorwurf gemachten Fälle. Zu dem kürzlich stattgefundenen Prozess habe ich Kal, sondern sein Vertreter die zwei sozialdemokratischen Beisitzer abgelehnt. Er bitte die Vertreter der Sozialdemokratie, diesen Beamten nun mit Angriffen zu verschonen und abzuwarten, wie er sich auf seiner neuen Stelle bewährt.

Bezüglich der Verhältniswahl stehe ich auf dem Standpunkt der Herren, die der Ansicht sind, man solle abwarten, wie sie sich in den Gemeinden bewährt. Daß sie sich in Württemberg nicht bewährt habe, ist mir neu. Die Regierung in Württemberg und in Bayern ist mit den Ergebnissen der Verhältniswahl zufrieden. Wenn alle 4 Jahre Wahl ist und die Bauern bleiben wegen des Isären Wetters weg, so zeigt das nicht von einem starken Bewußtsein der Wahlpflicht. Man werde in dieser Sache nichts ändern können. Bezüglich der Verhältniswahl sagte Süßkind, die Regierung brauche sich dann auch nicht auf die kommende Mehrheit einzurichten. Darauf habe sich die Regierung noch nie eingerichtet. Die Denkschrift über die Kreisverfassung liege ihm vor; er habe sie aber noch nicht ganz durchgearbeitet. Das Haus habe ja Stoff und Denkschriften genug! Man hat ferner eine Denkschrift über die Vereinigung der Verwaltung verlangt. Er stehe gerne Rede, müsse aber darauf hinweisen, daß in zahlreichen Erlassen Vereinigungen angeordnet und viele Jähre abgedinnet wurden. Es war die Rede von der Entlastung des Ministeriums; das könnte nur in der Weise geschehen, daß die Arbeit einem anderen Ministerium zugeteilt wird. Eventuell müßte ein neues Ministerium geschaffen werden; das wäre keine Vereinigung. Er möchte, wenn es zuzugeben sei, daß sein Ministerium viel Arbeit für einen Mann enthalte, davon doch nichts abgeben. Süßkind hat die Wohnungsfrage angegriffen. Ein Anlaß staatlicher Wohnungsfürsorge sei in Freudenberg gemacht worden. Ueber das Ortsstrahengebiet ist vom Abg. Vogel gefragt worden, daß es so schwierig sei. Der Gemeindeführer ist von der Gemeinde dem Bezirksamt zur Kenntnis vorzulegen, dieses gibt den Beschluß zur Prüfung an die Ober-

direktion des Wasser- und Straßenbaus. Eine Erschwerung liegt darin für die Gemeinden nicht. Daß der Glasfensterhandel konzeptionspflichtig gemacht wird, haben wir beim Bundesrat beantragt. Wegen des Freiburger Münsters ist das Erforderliche eingeleitet. Im Amtsverfälschungsverfahren ist erst vor so kurzer Zeit eine Anordnung ergangen, daß nicht schon wieder eine Aenderung stattfinden kann.

Abg. Gölcher (Zr.): Wir haben 1905/06 eine Petition behandelt, die von den Feuerwehren des ganzen Landes mit Interesse verfolgt wurde. Sie bezweckte eine staatliche Regelung der Unfallversicherung bei Feuerwehren. Der Regierungsbektrretter sagte, daß die Sache durch die Feuerwehrenunterstützungskasse geregelt sei und überdies eine reichsgesetzliche Regelung angebahnt sei. Es wäre interessant, zu erfahren, was geschehen ist. So wie die Sache jetzt ist, kann sie nicht bleiben. In Willingen seien Brandbesitzer, die sich weigerten, ihre Pferde, die krank und todmüde waren, in Brandfällen herzugeben; sie wurden mit 30 Mk. bestraft. Die Feuerwehrenunterstützungskasse genüge, sagt die Regierung. Es sei aber nicht die Entschädigungspflicht in den Statuten ausgeprochen; außerdem könnten bei einem großen Brandunglück die Mittel nicht ausreichen. Redner hält eine alte Verfügung, wonach unentgeltliche Beförderung von Löschmaschinen und Mannschaften auf der Bahn nur bei schriftlicher Anmeldung durch den Oberamtmann oder wo ein solcher nicht am Platz, durch den Bürgermeister geschehen darf, für zu veraltet. Auch telefonische Anmeldung sollte genügen. Ebenso sollte an der Grenze erreicht werden, daß es bei Brandfällen keine Grenze gibt. Dem Abgeordneten werden allerlei Verpflichtungen auferlegt. Bei einer Denkmalsenthebung, wogu ich auch geladen war, ist vom Amtsverband von Donaueschingen unmittelbar bevor der Großherzog zu mir herankam, angeordnet worden, daß die Abgeordneten sich auf die andere Seite begeben sollen. Man sollte einem Amtsvorstand wenigstens soviel Vertrauen dürfen, daß er das Empfinden des Volkes nicht verlegt.

Abg. Neß (natl.) tritt für die Beibehaltung der Landeskommissare ein. Er verheißt nicht, worum der Staat den Städten der Städteordnung so große Beiträge für die Polizei leiste, während das Land für seine Polizei selbst aufkommen müsse. Er sei der Sache nachgegangen. Man habe ihm gesagt, dem Land werde die Gendarmerie zur Verfügung gestellt. Das finde aber auch in den Städten statt bei großen Festlichkeiten. Redner wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Schmidt (V. d. L.) bezüglich des Freibiers. So lange er nicht genaue Angaben mache, müssen wir die Wahrheit seiner Aussagen bezweifeln. Er hätte die Sache genau präzisieren müssen, ehe er solche Verdächtigungen hier vorbrachte. (Präsident Hohorst: Ein Abgeordneter verdächtigt nicht.) Redner wünscht, daß den Hilfskassentaxen energisch zu Leibe gerichtet werde. Eine erfreuliche Nachricht kann ich konstatieren, daß wir von der Eigenverwaltung befreit sind. Redner beschwert sich über die Gebäudefürsorge. Er möchte anfragen, wie hoch die Kosten der Schätzungen sich belaufen und wie sie sich zu den Beiträgen verhalten. In den Rheingebieten sind wir dreimal vom Hochwasser beimgelacht worden. Gestalt wird, daß man den Leuten zumutet, alljährlich auf die Rheinwache aufzugehen. Die Leute wollen nicht, daß ihnen diese Waage ganz abgenommen wird, sondern sie wollen nur, daß nicht eine so große Anzahl draußen liegen müssen. Die Bürger von Weiskeneuth wünschen Befreiung von der Rheinwache, da sie mit ihrem Gebiet daran nicht interessiert sind. Redner wendet sich gegen die Bereinigung der Fildwässer. Er sei schon an Ort und Stelle gefahrt worden. Das Herz hat er nicht geblutet, wenn man tausende, ja hundertaufende von toten Fischen am Ufer liegen sah. Diese Fildwässer stehen in Verbindung mit der Alb. Die Fildwässer stehen öfters revidiert werden, wie sie ihre Abwässer unschädlich machen. Es komme auch die Ableitung der Fildwässer von Karlsruhe in die Alb in Betracht. Er möchte dringen um Abhilfe bitten, daß endlich in Karlsruhe die schon vor 10 Jahren verbrochene Schwemmanfanalation durchgeführt wird. (Stolz: Sie kommt!) So hat man schon vor 10 Jahren gesagt. Die jetzt geschaffenen Kläse sind die Brutnest für die Schnaken, zu deren Bekämpfung man in Karlsruhe Tausende ausbe.

Abg. Schmidt (V. d. L.) erwidert Neß in einer persönlichen Bemerkung.

Abg. Neß (natl.) erwidert nochmals.

Abg. Schmidt entgegnet noch einmal.

Nächste Sitzung Donnerstag 1/4 Uhr Fortsetzung. Schluß halb 2 Uhr.

## Handel und Verkehr.

Mannheim, 22. Febr. (Eiffeltens Börse.) Die heutige Börse verlief in äußerst lebhafter Haltung. Die heute erstmals zur Notierung gelangten Aktien der Pfälz-Mühlwerke in Mannheim wurden in großen Beträgen zum Kurse von 120 Prozent gehandelt und blieben zu diesem Kurse begehrt. Ebenso wurden die 4/2prozent Obligationen der Pfälz-Mühlwerke zum Kurse von 100 Prozent gehandelt. Ferner gelangten zur Notierung: Umsätze in Mannheimer Versicherungs-Aktien zu 625 M. pro Stück und in Mannheimer Dampfschiffahrts-Aktien zu 66 Proz. Frankfurt a. M., 22. Febr. (Schlußkurse 1 Uhr 45 Min.) Wechsel: Amsterdam 168.50, Val. 80.70, London 20.45, Paris 812.50, Wien 850.25, Brüssel 371/2, 371/2, Di. Reichsbank 95.90, 371/2, Deutsche Reichsbank 85.00, 371/2, Österreichische Bank 93.90, Österreichische Goldrente 100.25, Österreichische Silberrente 99.10, 371/2, Portug. 105.00, Badische Bank 134.30, Deutsche Bank 257.50, Oester. Länderb. 127.50, Rhein. Kreditb. 136.75, Rhein. Hypothekb. 196.50, Ottoman 142.70, — 371/2, — haben abgibt. 97. —, 371/2, — haben in März 94. —, 371/2, —, da 1900 93.50, 371/2, da 1896 87.50, Bad. Badeneraktien 175. —, Schindler 135. —, Reichsbankaktien 233. —, Reichsbank Reichsbankaktien 214. —, Hamburg-Amerika 138.20, Norddeutscher Lloyd 106.30.

Karlsruher Ständebuch-Ausgabe. Todesfälle: 20. Febr. Peter Kranz, Verwalter, ein Ehefrau, alt 62 Jahre. — Josef alt 7 Jahre, Vater Viktor David, Kaufmann. — 21. Febr. Max Strag, Kaufmann, ein Ehefrau, alt 54 Jahre. — Helmut, alt 2 Jahre, 8 Monate 17 Tage, Vater Johannes Rumbold, Schneider. — 22. Febr. Paula, alt 1 Jahr 9 Monate 17 Tage, Vater August Goldschmidt, Koch.

Großes Hoftheater. Mittwoch, 23. Febr. 28. Vorstellung außer Abonnement. Der Ring der Nibelungen. 1. Tag: Die Walküre in 3 Akten von R. Wagner. Siegmund: Paul Seidter vom Stadttheater in Jülich als Gast. Anfang 6 Uhr, Ende gegen 11 Uhr.